



Keine Änderung der EU-Flottengrenzwerte Pkw

Sehr geehrter Herr Bundesminister Habeck,

in der letzten Woche haben Sie sich nach einem Treffen mit Ihrem italienischen Ministerkollegen für eine Änderung der EU-Flottengrenzwertregulierung für Pkw ausgesprochen. Hiermit appellieren wir erneut an Sie, sich unter keinen Umständen dafür einzusetzen, die Regulierung zu öffnen. Im Gegenteil: Deutschland muss gerade in industriepolitisch unsicheren Zeiten ein Garant für Planungssicherheit und Verlässlichkeit sein.

Im Anschluss an den von Ihnen initiierten Autogipfel im September ging es um ein Vorziehen des Reviews, inzwischen ist bereits eine Änderung der Verordnung im Gespräch, denn nur so ließe sich Ihr Vorschlag umsetzen. Ihnen muss bewusst sein, dass eine Öffnung der Regulierung von der Automobilindustrie, der Unionsfraktion sowie rechts-nationalen Kräften im Europaparlament zum Anlass genommen würde, das Verbrenner-Aus 2035 als Ganzes in Frage zu stellen. Wir hören bereits jetzt aus Brüssel, dass Gespräche dazu stattfinden. Wir verweisen auf unseren Brief vom 25. September 2024 zu den negativen Auswirkungen, sollten die Flottengrenzwerte aufgeweicht werden.

Auch im Wahlkampf verbietet sich solch ein politisch hochgradig gefährliches Spiel mit dem Feuer. Viele der Vorschläge, die in den letzten Wochen kursierten, sind legislativ nicht kurzfristig bis 2025 umsetzbar, können aber letztlich in der Aufkündigung des EU-Verbrenner-Kompromisses enden. Wir appellieren daher ausdrücklich an Sie, dieses Spiel nicht mitzuspielen.

Die EU-Flottengrenzwerte sind die wichtigste Einzelmaßnahme des Europäischen Green Deals, der auch von Ihrer Partei erstritten wurde. Bereits eine Abschwächung der Verordnung - und dazu trüge Ihr Vorhaben maßgeblich bei - macht die Einhaltung der Ziele des Green Deals nahezu unmöglich. Die Verordnung ist die wichtigste Maßnahme, um die hiesige Autoindustrie fit für die elektrische Zukunft zu machen. Anfang der 2030er Jahre wird der chinesische Automarkt so groß sein wie jener von EU und USA gemeinsam. Bereits heute fahren 50 Prozent der neu zugelassenen Pkw in China elektrisch. Wollen deutsche Autohersteller international wettbewerbsfähig bleiben, ist wirtschaftspolitisch mehr statt weniger Tempo bei der Elektrifizierung geboten. Eine Abkehr von der Regulierung gefährdet mittelfristig viele Arbeitsplätze in Deutschlands Schlüsselindustrie. Notwendige industriepolitische Maßnahmen dürfen nicht von kurzfristigen Gewinninteressen der Autohersteller getrieben sein, die nun mit Personalabbau drohen und EU-Regularien für die Lage verantwortlich machen, anstatt ihre eigenen unternehmerischen Entscheidungen kritisch zu bewerten. Verantwortung für Unternehmen und Klimaschutz übernehmen heißt hier also, klar zu den EU-Flottengrenzwerten zu stehen.

Es gibt zahlreiche Maßnahmen, die dem Automobilstandort dienen. Wir haben bereits diverse Vorschläge dazu gemacht, über die wir weiterhin gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Rieger, Fachbereichsleiter Klima- und Umweltpolitik, Mitglied der Geschäftsleitung

Sebastian Bock, Geschäftsführer Transport & Environment Deutschland

Olaf Bandt, Vorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Kerstin Haarmann, Bundesvorsitzende Verkehrsclub Deutschland (VCD)

Martin Kaiser, Geschäftsführender Vorstand Greenpeace e.V.

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer Germanwatch

Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe

Berlin, 3.12.2024